

■ Kulturpolitik trotz(t) Krise – Kunst trotz(t) Kulturpolitik

Veranstaltung und Erklärung der Kulturpolitischen Gesellschaft

Die öffentliche Finanzierung kultureller Aufgaben und Einrichtungen ist in der Krise. Der befürchtete Kollaps der öffentlichen Haushalte wirft seine Schatten voraus: Die vermeintliche freiwillige Aufgabe Kultur ist bedroht. Der Bund wird vom Deutschen Bühnenverein und vom Deutschen Kulturrat aufgefordert einen »Nothilfeplan« des Bundes für kommunale Kultureinrichtungen aufzulegen, um das Schlimmste zu verhüten. Im Hintergrund werden Überlegungen angestellt, wie die Kulturförderung der öffentlichen Hände gesetzlich abgesichert werden könnte, um die kulturelle Infrastruktur zu retten.

Steht es so schlimm? Ist die Lage so ernst, dass selbst die viel gerühmte Gestaltungsfreiheit der Städte und Gemeinden, das Residuum der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie, angetastet werden darf? Wie sollte der Rettungsplan aussehen? Wer würde profitieren und wer ginge leer aus? Auf welcher Konsensgrundlage könnten die Prioritäten gesetzt und die Präferenzen bestimmt werden? Werden die Rettungsaktionen einvernehmlich gestützt oder brechen alte Fronten wieder auf: zwischen Hoch- und Soziokultur, selbst organisierten oder öffentlich finanzierten Kulturakteuren? Braucht die Kultur einen Schutzschirm und wofür genau? Und wenn ja, wie könnte/sollte er aussehen und wie aussichtsreich und klug wäre es, ihn öffentlich einzufordern? Ist die Kulturpolitik argumentativ gerüstet, um in dieser Debatte bestehen zu können? Hat sie noch die Zustimmung, die sie dafür vor Ort braucht, wo doch in allen Bereichen der Rotstift regiert? Wie bewährt sich Kulturpolitik in der Krise?

Mit dieser Problembeschreibung und diesen Fragen wurden die Mitglieder der Kul-

turpolitischen Gesellschaft und die Öffentlichkeit eingeladen, an einer Podiumsdiskussion teilzunehmen, die am Vorabend der 15. Ordentlichen Mitgliederversammlung der Kulturpolitischen Gesellschaft am Freitag, dem 13. November, unter der Leitung von KuPoGe-Präsident Prof. Dr. Oliver Scheytt und mit ca. 150 Gästen im Haus der Geschichte in Bonn stattfand. In der veröffentlichten Meinung waren inzwischen drastische Töne zu vernehmen. Katastrophenszenarien beherrschten das Bild. Vom »großen Kahlschlag« war in der ZEIT die Rede (Tobias Timm, 29.10.09) und der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates Olaf Zimmermann sah und sieht sogar einen »Spar-Tsunami« anrollen. Die FAZ (5.11.) hörte wegen dieser Meldungen schon das »Pfeifen im Wald des Kulturföderalismus« und sah den Tag nicht mehr fern, »an dem sie (die »Gralshüter des Kulturföderalismus«, d.V.) laut nach dem kulturellen Zentralismus rufen.«

Kommunen in Not

Die Situation ist in der Tat ernst. Jörg Stüdemann, seit einigen Wochen nicht nur Kulturdezernent, sondern auch Kämmerer der Stadt Dortmund, erläuterte sie in einem einleitenden Statement. Die Deckungslücke im Jahreshaushalt der Stadt Dortmund, entstanden durch sinkende Steuereinnahmen, steigende Sozialkosten und die Abwälzung von Kosten durch Bund und Länder, addiere sich mittlerweile auf 250 Millionen Euro, in Essen seien es sogar ca. 400 und in Köln ungefähr 600 bis 700 Millionen, und in den nächsten Jahren sei keine Besserung in Sicht. Im Gegenteil: Durch das prognostizierte Zinsniveau müsse in Dortmund mit höheren Zinsbelastungen in einer Größenordnung von 50 bis 60 Millionen Euro

per annum gerechnet werden. Das einzig Beruhigende für die Kultur an dieser Situation sei, dass sie keinen nennenswerten Beitrag zur finanziellen Konsolidierung der finanziellen Misere leisten könne. Selbst wenn es gelänge, in Dortmund alle Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen zu schließen und das Personal zu entlassen, könnte (abzüglich der ausfallenden Einnahmen) mit ca. 75 Millionen Euro nur etwas mehr als ein Drittel des jährlichen Defizits eingespart werden. Ungeachtet dieser Tatsache würden die Kommunen jedoch von den kommunalen Finanzaufsichtsbehörden mit den Auflagen konfrontiert, 20 oder 30 Prozent (in Kommunen mit einem Nothaushalt sogar bis zu 50%) der Ausgaben im Bereich der freiwilligen Aufgaben einzusparen, so dass von einer Enteignung der kommunalen Selbstverwaltung gesprochen werden müsse.

Keine Panik

Dies sah auch der Beigeordnete der Deutschen Städtetages, Klaus Hebborn, so und nannte die »feindliche Übernahme der kommunalen Selbstverwaltung durch die Kommunalaufsicht« einen Verstoß gegen die Verfassung, die diese in § 28 II GG schütze. Hinsichtlich der finanziellen Dimension des Problems mahnte er indes zur »verbalen Abrüstung«. Begriffe wie »Tsunami« oder »Kahlschlag« seien unangemessen und wenig hilfreich. Auch wenn es gegenwärtig keine belastbaren Zahlen gebe, müsse allerdings damit gerechnet werden, dass nur wenige Kommunen ihre Kulturhaushalte »überrollen« könnten. Im nächsten Jahr werde es wohl »auf breiter Front« zu Kürzungen kommen. Wenn es gut laufe, bewegten diese sich im einstelligen Bereich, in etlichen Städten würden sie sicherlich auch zweistellig werden. Hinzu kämen die Zumutungen aus Berlin (Einnahmeausfälle durch Steuersenkungen), die eine mittlere Kommune voraussichtlich noch einmal mit ca. 40 bis 50 Millionen Euro belasten würden. Es gebe aber auch positive Signale für den Kulturbereich. So bekomme die Kultur von den Generalisten (also z.B. den Oberbürgermeistern) derzeit



Kulturpolitische Gesellschaft aktuell

www.kupoge.de

Publikationen – Nachrichten – Chronik – Bibliografie – weiterführende Links –
Informationen über die Kulturpolitische Gesellschaft e.V.

starke »Rückendeckung«. Diesem Statement konnte sich der Direktor des Deutschen Bühnenvereins, Rolf Bolwin, anschließen. Auch er warnte vor dem kontraproduktiven Effekt der Dramatisierung und dem Herbeireden der Kürzungen im Kulturbereich und berichtete gleichfalls von eher besonnenen Reaktionen in der Stadtpolitik. Viele Kommunalpolitiker hätten die Bedeutung der Kultur längst erkannt und wüssten um deren Rolle für die Standort- und Lebensqualität der Städte. Die Schließung von Häusern sei seiner Meinung nach nicht zu befürchten, weil damit nicht viel gespart werden könne. Außerdem sei es der Kulturszene immer wieder gelungen, sich öffentlich Gehör zu verschaffen.

Politik & Kultur

In Hamburg ist dies derzeit zu erleben. So berichtete Amelie Deufflhard, Intendantin der Internationalen Kulturfabrik Kampnagel in Hamburg, von Unterstützungsaktionen für die Sache der Künstler von ganz anderer Seite. Aufgerüstet durch das »Hamburger Manifest« einer Künstlergruppe, die sich gegen ihre Vereinnahmung durch das Stadtmarketing wendet, und die Besetzung des Gängeviertels durch eine andere Künstlergruppe (s. dazu den Beitrag von Yvonne Fietz in diesem Heft), seien die Arbeits- und Lebenssituation der Künstler und drohende Kürzungen im Kulturetät derzeit Gegenstand einer öffentlichen Debatte in den Medien, obwohl in Hamburg bislang erst moderate Kürzungen von fünf Prozent angekündigt worden seien. Wie dieser Konflikt ausgehe, sei im Moment noch nicht absehbar. Ob dies die Form der Auseinandersetzung ist, die Rolf Bolwin im Sinn hatte, sei er davon sprach, gerade in Krisenzeiten sei das öffentliche Gespräch über den Sinn der Kultur zu führen? Jedenfalls setzte er sich vehement dafür ein, aus dem Kulturbereich heraus inhaltlich zu argumentieren und den Menschen und der Politik zu sagen: Die Kultur hat die Krise nicht verursacht. Macht nicht uns verantwortlich dafür.

Empörung bis hin zu Bankerschelte war auch von anderen Diskussionsteilnehmern zu vernehmen, z.B. von Jörg Stüdemann. Warum, so fragte er sich, bemüht sich der Kulturbereich angesichts der finanziellen Probleme um eine Struktur- und Reformdebatte, während die Banker ohne erkennbare Selbstzweifel so weiter machten wie bisher. Allein die Rettungsaktion für die Hypo Real Estate habe so viel Geld verschlungen wie der vierfache Betrag aller öffentlichen Kulturausgaben pro Jahr in Deutschland. Mehr Selbstbewusstsein und Statusverteidigung statt Selbstzweifel und »Selbsterfleischung«? Keine (Reform-)Debatte zur falschen Zeit? Einig war dazu die Meinung nicht.



Vorabendveranstaltung zur Mitgliederversammlung »Kultur trotz(t) Krise. Was ist zu tun?« v.l.n.r.: Pius Knüsel, Direktor der Schweizer Kulturstiftung Pro Helvetia, Zürich, Jörg Stüdemann, Stadtrat und Beigeordneter für Kultur, Sport, Freizeit der Stadt Dortmund, Prof. Dr. Oliver Schyett, Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft, Klaus Hebborn, Beigeordneter/Leiter des Dezernats Bildung, Kultur und Sport beim Deutschen Städtetag, Köln, Amelie Deufflhard, Intendantin der Kampnagel Internationale Kulturfabrik GmbH, Hamburg, Rolf Bolwin, Gf. Direktor des Deutschen Bühnenvereins, Köln

Krise als Chance

Selbstverordnete Denk- und Argumentationsverbote sind nicht die Sache von Pius Knüsel. So gab der Direktor der finanziell potenten Schweizer Kulturstiftung Pro Helvetia zu bedenken, dass im extremen Reichtum und der großen Dichte der Kulturlandschaft in der Schweiz wie auch in Deutschland ein Problem liege (z.B. zu viele Museen), das durch die Finanzkrise nur deutlicher hervortrete. Er halte die Institutionenlandschaft im Kulturbereich in der jetzigen Form für nicht zukunftsfähig. Drei Gründe seien dafür verantwortlich: die hohen und noch höher werdenden Kosten der Kulturproduktion, ein »massiv« nachlassendes Interesse des Publikums (s. dazu auch den Beitrag von Wolfgang Hippe und Norbert Sievers in diesem Heft) und eine schwächer werdende Wirtschaftskraft der europäischen Staaten durch die Verlagerung der Wertschöpfung nach Asien. Er warnte vor der Annahme, darin nur eine »Delle« in der Entwicklung zu sehen, die durch Nothilfefonds überbrückt und in ein paar Jahren wieder ausgebügelt werden könnte. Für ihn sei die Krise deshalb auch eine Chance, darüber nachzudenken, wie die kulturelle Infrastruktur in zehn oder zwanzig Jahren aussehen könnte.

Diesem Szenario wollten zwar nicht alle Diskussionsteilnehmer folgen, aber es provozierte doch die Frage nach den Perspektiven und den Handlungsnotwendigkeiten. So wurde etwa von Klaus Hebborn die Überlegung formuliert, die Eintrittspreise für bestimmte Veranstaltungen, Einrichtungen und Konsumenten zu erhöhen, um die finanzielle Situation der Kultureinrichtungen zu verbessern. Spontaner Protest war die Folge.

Bolwin und Deufflhard waren der Meinung, die Eintritte seien schon jetzt zu hoch. Die Menschen könnten sich die Preise nicht mehr leisten. Und Pius Knüsel gab zu bedenken, dass durch die Reduzierung der Eintrittspreise eine Wettbewerbsverzerrung zuungunsten der privaten Einrichtungen eintreten könnte. Auch die Themen Kulturelle Bildung und Kulturvermittlung und die Möglichkeit, darüber mehr Publikum zu generieren, waren nicht unumstritten. Während die einen der Meinung waren, die Kultureinrichtungen sollten sich darum mehr kümmern (z.B. Stüdemann), warnten andere (z.B. Bolwin) vor der Pädagogisierung der Theater, die zuvörderst Kunsteinrichtungen seien. Es zeigte sich: Der Konsens in der Kulturpolitik wird schnell brüchig, wenn er belastet wird.

Was ist zu tun?

Diese Frage war – wie zu erwarten – am schwersten zu beantworten. Jörg Stüdemann nannte ein paar Stichworte: Bildungsrelevante Konzepte stark machen, Kinder und Jugendliche für Kultur gewinnen, ästhetische Innovationen ermöglichen und dafür Zukunftsfonds einrichten und endlich erkennen, dass Kunst und Kultur sich in gesellschaftlichen Prozessen selbst organisieren und darauf die Konzepte der Förderung ausrichten. Seine Empfehlung: Weniger Eatismus. Befragt, was denn die Künstler und die freie Kulturszene tun könnten, riet Pius Knüsel: »Gehen Sie auf die Straße, schließen Sie sich zusammen und bearbeiten Sie als Unabhängige Themen in Formen, die die Leute interessieren und sie aus ihren Häusern herausholen.« Kunst trotz(t) Kulturpolitik.